

A n f r a g e

der ÖVP-Abgeordneten Fritz Hahn und Dkfm. Gerhard Ammann,
betreffend Vorschläge zur Konzentration im Bereich der E-Wirtschaft.

Bedeutende Persönlichkeiten der Sozialistischen Partei in der Bundesregierung und anderen Körperschaften beschäftigen sich in letzter Zeit mit der Organisationsform der österreichischen E-Wirtschaft und regen die Konzentration der gesamten österreichischen E-Wirtschaft bzw. die Zusammenlegung der Landesgesellschaften an. Diese Landesgesellschaften und somit auch die Wiener Stadtwerke E-Werke sind auf Grund des 2. Verstaatlichungsgesetzes zur Landesversorgung verpflichtet. Für ein Versorgungsunternehmen, aber auch für das Land Wien, kann es nicht gleichgültig sein, auf welche Weise und durch wen die E-Versorgung zu gewährleisten ist.

Die gefertigten ÖVP-Abgeordneten richten daher gemäß § 17 der Geschäftsordnung für den Landtag an den Herrn Landeshauptmann die

A n f r a g e :

1. Ist der Herr Landeshauptmann der Auffassung, daß eine Konzentration der E-Wirtschaft bzw. eine Zusammenlegung der Landesgesellschaften erfolgen soll?
2. Wenn nein, was gedenkt der Herr Landeshauptmann zu tun, um zu verhindern, daß die Verantwortung für das Versorgungsgebiet Wien von den Wiener E-Werken auf einen Bundeskonzern übergeht?
3. Die Konzentrationsvorschläge wurden mit Hinweis auf unterschiedliche Strompreise und "zu hohen Verwaltungsaufwand" gemacht. Hat der Herr Landeshauptmann die Absicht, diesen unbewiesenen Behauptungen, die sich ja auch gegen die Wiener E-Werke richten, entgegenzutreten?

Wien, 1976 01 23

